



André Grote

Unser Spitzenkandidat für den Landtag!

Der demographische Wandel stellt uns vor neue Herausforderungen – Liberale Seniorenpolitik braucht eine starke Stimme in Hannover. Weil Kompetenz überzeugt, unterstützen wir Liberalen Senioren Niedersachsen die Kandidatur Grotés.

Die Liberalen Senioren Niedersachsen unterstützen André Grote als Landtagskandidat

Der Kandidat in eigenen Worten:

Der demographische Wandel begleitet uns. Wir müssen jetzt handeln.

Es gibt immer mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft. Die damit verbundenen Herausforderungen können wir nur bewältigen, wenn wir unser Land neu aufstellen.

Senioren sind in vielen Lebensbereichen beeinträchtigt. Wir diskutieren über die schlechte Pflegeversorgung, moderne Wohnformen - die ein langes selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft ermöglichen sollen und über sichere, altersgerechte und flexible Mobilitätskonzepte.

Das alles ist richtig und wichtig und begleitet mich schon meine ganze politische und unternehmerische Laufbahn.

Drei Punkte möchte ich hervorheben:

Kriminalität an der Haustür oder dem Telefon, wie z.B. dem Enkeltrick, müssen mehr in den Fokus gerückt werden.

Lebenslanges lernen muss an Hochschulen ermöglicht und ausgebaut werden.

Menschen mit Demenz gehören in die Mitte der Gesellschaft.

Ich werde die Herausforderungen angehen und mich fachlich sowie politisch für die Belange der Senioren einsetzen. Mein Name ist André Grote und ich kandidiere als Spitzenkandidat des Bezirkes Elbe/Weser für den Niedersächsischen Landtag.

Dieser LiS – Letter
wurde Ihnen überreicht durch:

Impressum: Liberale Senioren Niedersachsen

Vorsitzende: Nicole Bracht-Bendt
Walter-Giesecking-Straße 22
30159 Hannover

www.liberale-senioren-nds.de



Liberale Senioren

Senioren am Steuer

Von Manfred Kobusch, KV Region Hannover

Das NDR - Fernsehen zu Gast bei den Liberalen Senioren

Der Auftritt der Liberalen Senioren in der ZDF - Satire „heute show“ war der Anfang. Doch der NDR wollte das Thema „Senioren am Steuer“ seriös aufbereiten und bat deshalb, Gast bei den Liberalen Senioren zu sein. Und so gewährte der Vorsitzende, Manfred Kobusch, dem NDR einen Blick in das Archiv eines Autofans: von der ersten „Spritztour“ als Kind über den Erwerb des ersten eigenen Autos bis zu den Urlaubszielen im europäischen Ausland, daran kann der Zuschauer teilhaben.

Neben der Einleitung zum Schmunzeln wollen die Reporter auch darstellen, wie es ist, wenn ein leidenschaftlicher Autofahrer auf sein Auto verzichten soll und alle seine Wege und Besorgungen mit Bus und Bahn bewältigen soll: „Führerschein gegen Fahrschein“!

Denn im Umland von Hannover, so idyllisch es auch ist, zeigt sich der ÖPNV oftmals unzureichend koordiniert. So wird an einigen Beispielen gezeigt, dass die Fahrpläne

zeitlich große Lücken aufweisen, dass die Fahrtzeiten mit dem Bus oft fünfmal länger dauern als mit dem Auto und dass die Übergänge von Bahn zu Bus unglücklich abgestimmt sind.

Am nächsten Tag sind einige Mitglieder der Liberalen Senioren und das NDR - Team zum ADAC - Fahrsicherheitszentrum nach Laatzen gefahren, um ihre Eignung zur Teilnahme am Straßenverkehr unter Beweis zu stellen. Also mussten sie wieder üben: Wie man eine Vollbremsung macht, Slalom fährt, wie man einer plötzlich auftretenden Wasserwand ausweicht und ein schlingerndes Auto wieder stabilisiert.

Die Pressesprecherin des ADAC, Christine Rettig, ließ es sich nicht nehmen, die Position des ADAC dem NDR zu erklären: „Entscheidend für eine unfallfreie Teilnahme am Straßenverkehr ist nicht das Lebensalter, sondern neben dem Gesundheitszustand des Fahrers auch die erworbene Fahroutine. Die Gruppe der Älteren zeichnet sich in der Regel durch einen an die Situation angepassten Fahrstil sowie durch vorausschauendes Fahren aus.“ Der ADAC lehnt verpflichtende Fahreignungsprüfungen für Senioren ab, empfiehlt aber freiwillige Untersuchungen des Sehvermögens und der körperlichen Leistungsfähigkeit. Da sind Liberale Senioren und der ADAC einer Meinung.

Darüber hinaus organisieren die Senioren mit dem ADAC FahrFitnessChecks, die eine Rückmeldung zur eigenen Fahrleistung ermöglichen. Denn sie wollen nicht, dass die Senioren Gas und Bremse verwechseln und auf Parkplätzen oder Waschanlagen Massenkarambolagen verursachen. Der Fernsehbeitrag wird im Oktober zu sehen sein. Kobusch verspricht, alle Interessenten rechtzeitig zu informieren

Links: Manfred Kobusch im Gespräch mit den Reportern des NDR

Foto von M.Kobusch

Ein Flyer sorgt für Mitgliederzuwachs

Die Liberalen Senioren Braunschweig-Wolfsburg freuen sich über die Mitgliederzuwächse. Seit dem Sommer letzten Jahres, wo der Kreisverband erstmals einen eigenen Flyer zur Kommunalwahl produziert und überall innerhalb des Großraums Braunschweig verteilt hatte, wurden die Bürgerinnen und Bürger auf die Liberalen Senioren aufmerksam. Dadurch entstanden Gespräche über liberale Politik vor Ort und welche Funktion und Bedeutung die Liberalen Senioren innerhalb der FDP haben. „In manchen Gesprächen wurde deutlich, dass manche Bürgerinnen und Bürger ein eher eindimensionales Bild von der FDP haben (reine Wirtschaftspartei, nur was für Junge), so der Kreisvorsitzende Dirk-Heinrich Heuer. „Der Flyer bewirkte bei dem einen oder anderen ein Umdenken. Es kamen mehr Nachfragen bezüglich der Rolle der Liberalen Senioren und ihres Einflusses in der FDP. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen wird es eine Neuauflage des Flyers zur Landtagswahl geben. Von Senioren für Senioren – der Blick unserer Region auf diese Landtagswahl“. Nach einem Brainstorming auf der letzten Mitgliederversammlung geht es nun an die konkrete Planung und Gestaltung. Damit der neue Flyer ein genauso großer Erfolg wird wie sein Vorgänger.

Aus dem Kreisverband Braunschweig - Wolfsburg

Von Dirk-Heinrich Heuer, KV Braunschweig-Wolfsburg

Einsamkeit nicht unterschätzen, sondern frühzeitig entgegenreten

Nicht erst seit der Corona-Pandemie steigt die Zahl der Menschen, die sich einsam fühlen. Die Gründe sind verschieden. Junge Menschen, deren soziales Gefüge aus den Bahnen geraten ist. Bei Menschen mittleren Alters durch Arbeitsplatzängste und das damit verbundene Gefühl nicht mehr gebraucht zu werden. Bei Älteren spielen Verlust der Partnerin oder des Partners, sowie Veränderung des häuslichen Umfeldes, beispielsweise durch Pflegebedürftigkeit, eine Rolle. Das alles lässt in allen Altersgruppen psychologische Herausforderungen entstehen. Hier sind sowohl die Gesellschaft als auch die Politik gefordert. Vor dem Hintergrund einer Studie zum Thema Einsamkeit, haben die Sozialministerinnen und Sozialminister der Bundesländer sich für einen „Einsamkeitsgipfel“ ausgesprochen. Denn nicht erst seit heute ist die Einsamkeit eine Herausforderung für uns alle.



Erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Jungen Liberalen Niedersachsen

Von Jutta Heynold, KV Northeim-Einbeck

Vorstandsmitglieder der Liberalen Senioren Niedersachsen bildeten im November 2021 den Arbeitskreis „Zusammenarbeit mit den JuLis Niedersachsen“. Mitglieder: Manfred Kobusch und Jürgen Lang (Kreisverband Region Hannover), Dirk-Heinrich Heuer (Kreisverband Braunschweig-Wolfsburg) und Jutta Heynold (Kreisverband Northeim-Einbeck).

Unsere Ansprechpartner bei den Jungen Liberalen sind Helge Gülzau (stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik und Grundsatzfragen der JuLis Nds.) und Rene Rahrt (Leiter des LAK Digitales und Netzpolitik der JuLis Nds.). Wegen der Coronapandemie halten wir über E-Mail, Telefon und Videokonferenzen den Kontakt. Wir arbeiten offen und ergebnisorientiert zusammen. Das ist sehr angenehm. Die Ausformulierung der Anträge haben die Jungen Liberalen übernommen.

Folgende Themen wurden mit Helge Gülzau erarbeitet und bereits in den Entwurf des Landeswahlprogrammes der FDP übernommen:

- Kooperation mit den an Niedersachsen angrenzenden ostdeutschen Ländern in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Naturschutz und Kultur zur Stärkung der deutschen Einheit. (Zu diesem Thema sollen auch noch gemeinsame Veranstaltungen stattfinden.)
- Keine Altersbeschränkungen für Hauptverwaltungsbeamte – Mindestalter auf 18 Jahre heruntersetzen und Höchstalter streichen.
- Sport inklusiv gestalten – der wachsenden Bedeutung des Behindertensportes Rechnung tragen.

Zusammen mit der von Rene Rahrt geleiteten Gruppe von Jungen Liberalen konzipierten wir den Programmantrag **„Niedersächsische Digitalisierungsoffensive für Seniorinnen und Senioren“**.

Dieser wurde zum Niedersächsischen Landesparteitag der FDP am 26./27.03.2022 in Hildesheim eingereicht. Die endgültige Fassung werden wir in einem der nächsten LiS-Letter abdrucken.

Liberalen Senioren fördern generationen-verbundene Projekte

Zur Diskussion

Von Jürgen Lang, KV Region Hannover

Vielfach ist den Medien zu entnehmen, dass während der Corona Wellen, die ‚Jungen‘ sich in vielfältiger Weise einschränken mussten, um die ‚Alten‘ zu schützen. Ähnliches liest und hört man wenn es um das Klimathema geht, wo häufig behauptet wird, dass die ‚Alten‘ mit ihrem Lebensstil unnötig CO2 produzieren, dessen Auswirkungen dann künftige Generationen belasten.

Solche Berichte und Meinungen sind wie manches andere häufig medial aufgebauscht, enthalten oft

eine Menge Polemik, sind aber letztlich nicht völlig von der Hand zu weisen.

Eine sehr unerfreuliche Folge der Debatten ist, dass Antagonismen zwischen den Generationen entstehen, die kaum zur Problemlösung beitragen und generationenübergreifende Konflikte auch zwischen Liberalen verstärken, die unseren gemeinsamen Anliegen abträglich sind.

Um diesem Trend entgegenzuwirken können wir als Liberale mehr tun, als nur diese Entwicklungen zu bedauern. (Fortsetzung auf Seite 5)

Im Sinne von ‚Put your money, where your mouth is‘ schlage ich daher vor, dass wir als Liberale Senioren einen Förderfonds einrichten, der aus Spenden unserer Mitglieder gespeist wird, und der Preise an Personen und Projekte vergibt, die insbesondere jüngeren Leuten zu Gute kommen, oder die versuchen, Kooperationen und Verbindendes zwischen den Generationen herzustellen. Die geförderten Aktivitäten müssen natürlich liberalen Grundsätzen wie persönliche Autonomie, bessere Bildungschancen für Alle, Förderung von Leistungswille etc. entsprechen. Derzeit könnte ich mir konkret vorstellen, dass etwa Projekte, die die Möglichkeiten digitalen Unterrichts verbessern oder versuchen, Corona-bedingte Lerndefizite zu reduzieren förderungswürdig sind. Ideal förderungswürdig

Zur Diskussion

Fortsetzung von Seite 4

wären natürlich Aktivitäten, in die sich auch ‚Ältere‘ aktiv einbringen.

Hinsichtlich der Finanzierung, könnte ich mir z.B. vorstellen, einen Teil der Mitte des Jahres zu erwartenden Rentenerhöhung zu spenden. Vielleicht möchte mir ja die eine oder der andere diesbezüglich folgen.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung eines solchen Förderfonds etwa was Vergabekriterien, Entscheidungsträger oder rechtliche Ausgestaltung angeht, bedarf es sicher noch weiterer Überlegungen, aber vielleicht kommen ja aus der Leserschaft Ideen hierzu.

Im Portrait: Dr. Gero Hocker

Mitglied der liberalen Senioren und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der liberalen Senioren Niedersachsen

Bundestagsabgeordneter

Geboren am 30. Juni 1975 in Bremen, verheiratet, ein Kind.

Nach Realschule, Abitur und Wehrdienst im 6. Panzergrenadierbataillon Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse in Bremen. Danach Studium und Promotion im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen. Praktika in New York, Kanton (China) und Adelaide (Australien) sowie Forschungsaufenthalte in Alabama und Oregon.

Bis zum Einzug in den Landtag Vertriebsleiter bei der Allianz. Generalsekretär FDP Niedersachsen von 2011-2018. Seit 2017 Mitglied der FDP Bundestagsfraktion.

Interessen von Senioren zu vertreten muss in der Politik mehr bedeuten, als die Höhe der gesetzlichen Rente oder Fragen von Barrierefreiheit oder Pflegepolitik. Senioren haben ein Interesse daran, dass ihre Kinder und Enkel in stabilen finanziellen Verhältnissen mit moderater Staatsverschuldung und Inflation leben, dass

sie gute Schulen und Universitäten besuchen und auf sicheren Straßen fahren können. Deswegen ist Seniorenpolitik ein Querschnittsthema, wobei die verschiedenen Politikfelder von Menschen mit großer Lebenserfahrung und einem reichen Erfahrungsschatz bewertet werden.



Pressefoto: Gero Hocker

Nachhaltigkeit und demographischer Wandel

Von Manfred Kobusch, KV Region Hannover

Widerspruch oder Übereinstimmung?

Im Koalitionsvertrag der neuen Ampelregierung steht viel über Nachhaltigkeit und wenig über Alterssicherung und Rente. Diese Diskrepanz hat Axel Börsch-Supan aufgedeckt; er ist Lehrstuhlinhaber an der TU München und Direktor des „Munich Center for the Economics of Aging“ am Max-Planck-Institut. Was Nachhaltigkeit in der Klimapolitik bedeutet, um den Klimawandel noch abzuwehren, ist vielen bewusst geworden durch die heißen Sommer der letzten Jahre, durch Starkregen und die riesigen Überschwemmungen in Westdeutschland.

Die Notwendigkeit einer Nachhaltigkeit bei der Rente erkennt man bei einem Blick auf den demographischen Wandel. Das kann man besonders gut verstehen, weil in wenigen Jahren die Babyboomer-Jahrgänge in Rente gehen werden. Die heute 61-Jährigen gehören mit 1,3 Mio. Menschen zu den größten Jahrgängen der deutschen Bevölkerung, weitere sechs Jahrgänge folgen. Sie alle wollen in wenigen Jahren ihre Rente beziehen. Eine Befragung der Bundeszentrale für politische Bildung macht deutlich: 37 % der Befragten haben große Sorgen und 31 % haben gewisse Sorgen über ihre Alterssicherung, nur 30 % haben geringe oder keine Sorgen.

Zum Ende dieses Jahres wird die Reserve der gesetzlichen Rentenversicherung noch 40 Mrd. Euro betragen, in vier Jahren wird sie nach Berechnungen der Rentenversicherung leer sein. Daher ist in 2024 eine Beitragserhöhung unausweichlich, zudem die Zahl der Rentner zunimmt und die Zahl der Beitragszahler abnimmt. Das Ungleichgewicht lässt sich auch durch Zuwanderung nicht kompensieren.

Die rot-grüne Koalition hat 2005 den Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Dadurch wird



der Anstieg der Beitragssätze, der durch den demographischen Wandel für die jüngere Generation entsteht, gesenkt und zugleich das Rentenniveau etwas absenkt. Das führt aber zu keiner Rentenkürzung, was immer behauptet wird. Sinkende Renten kann es nicht geben, die Rentengarantie ist seit 2009 im Sozialgesetzbuch verankert. Das Rentenniveau ist ein Prozentsatz, der angibt, wieviel Prozent des Durchschnittsverdienstes die sog. Standardrente ausmacht.

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden das Mindestrentenniveau von 48 % dauerhaft sichern“ und „In dieser Legislaturperiode steigt der Beitragssatz nicht über 20 %“. Die Rentnergeneration soll also dauerhaft von den Folgen des demographischen Wandels verschont werden, während die jüngere Generation diese durch Beitragserhöhungen finanzieren muss. Nach Berechnungen der gesetzlichen Rentenversicherung werden die Beiträge spätestens in 2024 auf jene 20 % steigen, bis 2035 auf 22,4 %.

Fortsetzung von Seite 6

Die Lasten des demographischen Wandels werden einseitig auf die jüngere Generation verschoben, die zudem den Klimawandel und den aufgestauten Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen finanzieren muss.

Eine weitere Scheinmaßnahme hat die Aufmerksamkeit von Axel Börsch-Supan gefunden. Im Koalitionsvertrag steht: „Zur langfristigen Stabilisierung von Rentenniveau und Rentenbeitragssatz werden wir in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen. Dazu werden wir in einem ersten Schritt der deutschen Rentenversicherung in 2022 aus Haushaltsmitteln einen Kapitalstock von 10 Mrd. Euro zuführen.“ Der Rentenversicherungsbericht setzt die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung für dieses Jahr mit 357 Mrd. Euro an. Das bedeutet, dass die Rentenversicherung Reserven von 10 Tagesausgaben erhält. Ist das seriös?

Krieg als neue Gegenwart

Ein Kommentar von Nicole Bracht-Bendt

Das Unvorstellbare ist passiert: Seit dem 24. Februar 2022 gibt es wieder Krieg in Europa. Die Welt ist mit dem Einmarschbefehl eines großenwahnsinnigen Diktators aus den Fugen geraten. Wir erleben Tod und Zerstörung, belagerte Städte, Not und Verzweiflung, keine Rücksichtnahme auf Kinder, Alte und Kranke, blanken Terror. Doch warum führt Putin Krieg gegen die Ukraine? Die russische Medienmaschinerie wird nicht müde, ihre Lügenmärchen und kruden „Fake News“ zu verbreiten. In Wahrheit geht es darum, das Aufblühen eines demokratisierten Staates in unmittelbarer Nachbarschaft zu verhindern und damit die Gefahr zu minimieren, dass der Funke der Freiheit auf Russland überspringt. Töten dient dem milliarden schweren Herrscher als „legitimes“ Mittel für den eigenen Machterhalt, eine militärische Bedrohung von außen gab es nicht.

Unser Mitgefühl gilt den betroffenen Menschen in der Ukraine und anderswo. Für sie ist ein Albtraum über Nacht Wirklichkeit geworden. Über die Schutzsuche im Keller, die Entscheidung von Müttern mit Kindern zur Flucht ohne Hab und Gut, den Abschied, die entbehrungsreiche lange und gefährliche Reise, vorbei an Panzern, bedroht und verängstigt im Meer der Fliehenden, lange Wartezeiten an der Grenze und völlige Ungewissheit, was werden wird. Zum Glück gibt es für die Flüchtlinge aus der Ukraine eine bemerkenswerte Hilfsbereitschaft, insbesondere in osteuropäischen Anrainer-Staaten wie z. B. Polen, die

Das Fazit dieser Rentenpolitik fällt wenig zukunftsorientiert aus, schlussfolgert Axel Börsch-Supan: „Mehr Fortschritt wird nicht gewagt, stattdessen besteht sie aus Verdrängung und rückwärts gewandten Maßnahmen, die nachhaltige und generationen-gerechte Lösungen wieder abwickeln“.

Zur Erinnerung: Die CDU/FDP-Regierung Kohl mit Sozialminister Norbert Blüm brachte in ihrer Endphase mehrere demographische Faktoren in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder machte alle Maßnahmen wieder rückgängig, um sie ein paar Jahre später wieder einzuführen; sie hatte die Notwendigkeit erkannt. Und die CDU/SPD-Regierung, die Große Koalition, überfrachtete die Rentenversicherung unter den SPD-Ministern Scholz, Nahles und Heil mit leistungsfremden Ausgaben.

Mal sehen, was diese bunte Ampelkoalition in vier Jahren Legislaturperiode daraus machen wird.

der Aufnahme von Flüchtlingen aus anderen Kriegsgebieten sonst eher ablehnend gegenüber stehen.

Uns Deutsche trifft nach zwei nicht einfachen Jahren der Pandemie eine Informations- und Bilderflut aus dem Kriegsgebiet, ein medialer Krieg, der neben dem Mitgefühl für die Menschen auch bei uns größte Sorgen und Ängste auslöst. Wir fürchten Atomkoffer in den Händen Wahnsinniger, einen 3. Weltkrieg aus Versehen, beschlossene Atomreaktoren, Hackerangriffe und vieles mehr. Bei vielen Seniorinnen und Senioren kommen die verdrängten Bilder der eigenen Kriegs- und Fluchterlebnisse schmerzhaft wieder hoch.

Hoffnung macht, dass die westliche Staatengemeinschaft gemeinsam und gut abgestimmt gegen den Aggressor vorgeht und dessen möglichst weltweite Isolation vorantreibt. Die deutsche Regierung macht im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen angemessenen und guten Job, mit Diplomatie, harten Sanktionen, ständiger Abstimmung mit den Partnern, Lieferung von Verteidigungswaffen, Aufrüstung der Bundeswehr, beschleunigter Abkopplung von fossilen Brennstoffen, etc.

Der Feind ist nicht die russische Bevölkerung, aber auch diese wird leiden, weil Putin junge Männer verheizt und Russland ins wirtschaftliche Chaos stürzt. Das russische Volk kann sich (und der freien Welt) im Lauf der Geschichte nur helfen, in dem es sich des Diktators und seiner Getreuen selbst entledigt.

Im Portrait: Knut Gerschau

Mitglied der liberalen Senioren und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand der liberalen Senioren Niedersachsen

Bundestagsabgeordneter

Über mich

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis 42 (Hannover II) Obmann der FDP-Bundestagsfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Geboren am 3. Juli 1961 in Bremerhaven, ledig, zwei Kinder.

Abitur in Bremen; Wehrdienst in Schleswig-Holstein und in Bremen. 1984 Gründung der Gerschau.Kroth.Werbeagentur GmbH; Geschäftsführender Gesellschafter der LEADS-Marketing GmbH.

Seit über vierzig Jahren Mitglied der FDP; früher stellvertretender Landesvorsitzender in Bremen, Landesvorsitzender in Niedersachsen und fünf Jahre stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen; früher im Vorstand verschiedener Ebenen der FDP; derzeit Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen e. V. Jahrelang im Vorstand der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, zuletzt deren Vorsitzender; seit 2013 Mitglied im Kuratorium der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung; Vorsitzender der Gesellschaft der Freunde der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung e. V.

Schwerpunkte

Entwicklungspolitik

Meine Erfahrungen in der Entwicklungspolitik haben mich folgenden Grundsatz gelehrt: Wenn man Menschen die Chance gibt, ihr Leben und ihr Umfeld selbst in die Hand zu nehmen, dann ist das besser als jede staatliche Hilfe mit der der Gießkanne. Entwicklungspolitik soll unterstützen und helfen, aber Entwicklungspolitik darf nicht auf Dauer abhängig machen. Einige Aspekte sind mir dabei besonders wichtig:

- Eine internationale Zusammenarbeit ist nötiger denn je. Denn starke Allianzen, machen Entwicklungspolitik effizienter.
- Auch für das Klima gilt: Wir retten es weltweit oder gar nicht. Dazu müssen wir alles daransetzen, um die Nutzung erneuerbarer Energien in Afrika oder Lateinamerika voranzubringen. Gerade im Klimabereich sehe

ich eine große Chance für eine Beteiligung der Privatwirtschaft.

- Wir müssen mehr als bisher die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen in den Fokus rücken. Fehlendes Wissen um Familienplanung, mangelhafte Gesundheitsversorgung, eine nach wie vor hohe Müttersterblichkeit müssen ein Ende haben.
- Um wirtschaftlichen Fortschritt in Entwicklungs- und Schwellenländer voranzubringen, brauchen wir auch privatwirtschaftliches Engagement. Dieses müssen wir verstärkt fördern und so auch die Herausbildung eines Mittelstands unterstützen.

Mittelstandspolitik

Als mittelständischer Unternehmer weiß ich, dass eine gerechte Sozialpolitik, eine kluge Bildungspolitik, eine nachhaltige Umweltpolitik und eine moderne Gesellschaftspolitik nur möglich sind, wenn wir intelligent und solide wirtschaften. Dafür braucht es einen starken Mittelstand als Rückgrat der Gesellschaft, der Garant von Wohlstand, Fortschritt, hoher Beschäftigung und einer breiten Mittelschicht ist.

Mittelstandspolitik ist der Kern liberaler Wirtschaftspolitik, Die Leistungskraft des Mittelstands hat Deutschland stets aus wirtschaftlichen Krisen geführt. Heute wissen wir: Geht es dem Mittelstand gut, dann geht es Deutschland gut. Dafür brauchen politische Entscheidungen mehr Praxisnähe und Entscheidungsträger ein größeres Verständnis für die Bedeutung und die Anforderungen des Mittelstands.

Zum Thema Altersdiskriminierung

Ich lehne entschieden jedwede Form von Altersdiskriminierung ab. Gerade auch feste Altersgrenzen bei der Besetzung öffentlicher Ämter, in der Rentenpolitik oder bei Berufszulassungen sind entschieden abzulehnen. Ich fordere einen flexiblen Renteneintritt, nicht nur aufgrund des demografischen Wandels sondern vor allem auch aus der tiefen Überzeugung, dass hier persönliche Selbstbestimmung herrschen muss.



Foto: Tobias Wölk

Niedersachsen



Liberalen Senioren